

2389/J XXI.GP

Eingelangt am: 04.09.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kostelka, Dr. Cap
und GenossInnen

an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Postdienste im ländlichen Raum

**(Anfrage 8 zur Verschlechterung der Infrastruktur im ländlichen Raum durch die
sogenannte Verwaltungsreform der Bundesregierung)**

Die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform ist an sich unbestritten. Eine solche Reform hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Verwaltung bestmögliche Leistungen für die Bürger zum kostengünstigsten Preis erbringt. Anders als der Eindruck, den die Bundesregierung zu erwecken versucht, ist die Verwaltung nicht bloß ein Kostenfaktor oder gar ausschließlich Belastung für Bürger und Wirtschaft, sondern eine Grundbedingung für das Funktionieren eines Staates und der Gesellschaft. Die Verwaltung hat unverzichtbare Leistungen für alle Menschen zu erbringen. Nach allen internationalen Rankings ist eine qualitativ hochwertige Verwaltung auch einer der wichtigsten Standortfaktoren, wobei Österreich hier bei gut abschneidet.

Anstatt die Verwaltung im Sinne einer Verbesserung der Leistungen für die Bürger zu reformieren, geht die Bundesregierung einen anderen Weg:

- Sie privatisiert Probleme, statt Probleme zu lösen,
- Schafft Leistungen ab, statt die Leistungserbringen zu verbessern.

Dabei ist die Vorgangsweise der Bundesregierung insgesamt chaotisch, wie die Fülle der parallel tätigen Einrichtungen zeigt die noch dazu von vier verschiedenen Ressorts betreut werden (Bundeskanzler, Vizekanzlerin, Finanzminister, Landwirtschaftsminister); unter anderem wurden folgende Gremien eingerichtet:

- Aufgabenreformkommission
- FAG - Begleitkommission
- Bund/Länder Arbeitsgruppen

- Landesamtsdirektorenkonferenz
- Arthur - Anderson Consulting

Diese Gremien verursachen Kosten in vielfacher Millionenhöhe, arbeiten aber offenkundig unkoordiniert und planlos vor sich hin. Dabei kursiert schon jetzt eine Fülle von Vorschlägen in der Öffentlichkeit, die schlimme Befürchtungen wecken. Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass Leistungen abgeschafft oder eingeschränkt werden; dezentrale Einrichtungen in den Ländern und Gemeinden werden geschlossen, dafür werden aber neue zentrale Einrichtungen geschaffen.

Beispielsweise ist bereits geplant:

- Schließung von 2/3 der Bezirksgerichte
- Schließung von 800 Postämtern
- Reduktion der Finanzämter auf 40
- Abschaffung von Regionalstellen des Arbeitsmarktservice
- Abschaffung von Sozialämtern in den Bezirken
- Schließung von Wachzimmern der Polizei
- Auflassung von Gendarmerieposten
- Auflassung von Schulstandorten

Alle diese Maßnahmen werden gravierende Nachteile für die Bevölkerung haben, insbesondere im ländlichen Raum. Statt dass die Verwaltung ihre Leistungen möglichst bürgernah anbietet und damit die Funktion des ländlichen Raumes aufrechterhält, erfolgt eine bürgerferne Zentralisierung der Verwaltung bzw. überhaupt die Abschaffung von Verwaltungsdienstleistungen. Damit wird die Verwaltung nicht für die Bürger verbessert, sondern nur verschlechtert, wobei zu befürchten ist, dass es auch zu keinen bedeutenden Einsparungen kommt, weil gleichzeitig kostspielige zentrale Einrichtungen geschaffen werden.

Sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch für die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum, ist die Aufrechterhaltung der Qualität der Postdienste von enormer Wichtigkeit. Die Post - Universaldienstverordnung, die die seit längerem überfällig ist, soll diese Qualität auch unter den neuen Rahmenbedingungen sicherstellen. Gleichzeitig wird von der Post AG die Schließung von Postämtern im ländlichen Raum vorangetrieben. Dadurch, dass Sie als Bundesministerin die Post - Universaldienstverordnung nicht erlassen, können von Seiten der Post AG ungehindert die Postämter geschlossen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Wann wird die Post - Universaldienstverordnung von Ihnen endlich erlassen werden?
2. Werden sie die Post - Universaldienstverordnung in der Begutachtungsform erlassen?
3. Können Sie auch weiterhin garantieren, dass in jedem Haushalt Österreichs täglich Post zugestellt wird?
4. Welche Postämter wurden in Österreich seit 1. 1.2001, gegliedert nach Bundesländer, bereits geschlossen?
5. Welche Postämter sollen im Laufe dieses Jahres oder der nächsten beiden Jahre, gegliedert nach Bundesländer, noch geschlossen werden?
6. Sind Sie der Ansicht, dass Wirtschaftsstandort und Lebensqualität im ländlichen Raum durch die Schließung von Postämtern verbessert werden?